

Deutschland wählt

Gespräch mit Peter Struck

»Die Mühen haben sich gelohnt«

Peter Struck, 1943 in Göttingen geboren, war im zweiten Kabinett von Gerhard Schröder (2002-2005) Bundesminister der Verteidigung sowie 1998-2002 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, welches Amt er auch seit 2005 wieder bekleidet. Zum Ende dieser Legislaturperiode wird er aus dem Deutschen Bundestag ausscheiden, dem er seit 1980 angehört. Die Fragen stellten Thomas Meyer und Klaus-Jürgen Scherer.

NG/FH: Auf der diesjährigen Spargelfahrt des Seeheimer Kreises riefen Sie aus, Sie hätten inzwischen die Nase voll von der Großen Koalition. War das Wahlkampf-rhetorik oder spiegelt dies die wirkliche Gefühlslage im Frühsommer 2009 wieder?

Peter Struck: Alle Beteiligten haben genug von dieser Koalition. Wir haben in den vergangenen vier Jahren erfahren, dass die ideologische Verbohrtheit von CDU und CSU noch heftiger ist, als wir gehant hatten. Neben den inhaltlichen Differenzen gibt es zwischen SPD und Union kulturelle Ungleichheiten, die die Zusammenarbeit schwer machen. Unsere Abgeordneten verzweifeln häufig, weil ihre Gegenüber nicht tariffähig und entscheidungsfähig sind. Während ich in Sachfragen auf die Experten in der Fraktion vertraue, muss in der Union jede Sachentscheidung in der Fraktionsspitze rückgekoppelt werden. Das führt zu ermüdenden Verhandlungen. Was in der Großen Koalition zusätzlich erschwerend ist, ist die Tatsache, dass sie in Wahrheit eine Dreier-Koalition ist. Die sogenannte Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU ist ein Etikettenschwindel. Das sind zwei eigenständige Parteien, bei denen ein Schwanzwedeln der CSU die CDU handlungsunfähig macht.

NG/FH: Dreibiertel Jahre hat die Koalition es miteinander ausgehalten. Es begann mit einem umfangreichen Koalitionsvertrag. Wurde er eigentlich erfolgreich abgearbeitet? Was sind die wichtigsten politischen Entscheidungen, aufgrund derer man diese Große Koalition in Erinnerung behalten wird?

Struck: Die Arbeit der Koalition ist bei allen Reibereien vorzeigbar. Es hat viele Entscheidungen gegeben, die nur mit dem breiten Rücken einer so großen Parlamentsmehrheit möglich waren. Beispiel Gesundheitsreform, Beispiel Erbschaftsteuer, Beispiel Föderalismusreform. Nicht zuletzt in der Bewältigung der Finanzkrise hat sich dieses Bündnis bewährt. Keine andere Konstellation wäre in der Lage gewesen, den drängenden Bankenrettungsschirm oder die Konjunkturpakete in kürzesten Fristen umzusetzen. Wir haben viel geleistet, aber es ist das Schicksal jeder Großen Koalition, dass man sie schon aus demokratietheoretischen Gründen möglichst schnell beenden sollte.

NG/FH: Was unterscheidet die Große Koalition von Rot-Grün, wenn man mal vom Kanzlerwechsel von Schröder zu Merkel absieht? Gibt es da eher einen Bruch oder doch überwiegend Kontinuitätslinien?

Struck: In der Nachbetrachtung wird man feststellen, dass es viele sozialdemokratische Ansätze waren, die in der rot-grünen Koalition angelegt waren und in der Großen Koalition fortgesetzt worden sind. Ich erinnere nur an die Bildungs- und Familienpolitik. Wer hätte denn gedacht, dass wir Elterngeld nach den Plänen von Renate Schmidt gegen den ursprünglichen Willen der Union ausgerechnet in dieser Koalition hätten durchsetzen können? Wer hätte es für möglich gehalten, dass wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung vom

den zu können. Einspruch zum zweiten: Vielleicht lässt es sich nicht unter eine so plakative Überschrift fassen, aber in seiner Wirkung ist nicht zu unterschätzen, dass wir in dieser Legislaturperiode die Sozialsysteme gesichert haben. Wir haben eine Gesundheitsreform geschaffen, die trotz aller Kritik diesen Namen verdient, weil sie das hohe Niveau des deutschen Gesundheitswesens sichert. Wir haben das Rentensystem gesichert und die Pflegeversicherung auf neue Beine gestellt. Und unter der Verantwortung von Peer Steinbrück

» Vieles, was wir in rot-grüner Regierungszeit gesät haben, ist in der Großen Koalition dank sozialdemokratischer Hartnäckigkeit gesprossen. «

ersten Lebensjahr an in einem Bündnis mit den Strukturkonservativen durchsetzen konnten? Bruch oder Kontinuität? Sagen wir es so: Vieles, was wir in rot-grüner Regierungszeit gesät haben, ist in der Großen Koalition dank sozialdemokratischer Hartnäckigkeit gesprossen.

Wir Sozialdemokraten haben auch in der Finanz- oder Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dafür gesorgt, dass Kontinuität gewahrt wurde. Nichts von dem, was die Union in ihrem neoliberalen Wahn auf dem Leipziger Parteitag angekündigt hatte, ist in dieser Koalition Realität geworden. Die Mühen des Bündnisses haben sich also für das Land gelohnt.

NG/FH: Die Regierung Schröder wird, wie immer man zu ihren Entscheidungen im Einzelnen stehen mag, als Regierung der Agenda 2010 in die Geschichtsbücher eingehen. Ein solch zentrales Thema fehlte doch, abgesehen vom Krisenmanagement in der Finanz- und Wirtschaftskrise, in den letzten Jahren?

Struck: Einspruch zum ersten: Bei der Aufarbeitung der Finanzkrise geht es uns nicht nur um Krisenbewältigung, sondern darum, Verkehrsregeln zu erarbeiten, um ein ähnliches Desaster zukünftig verhinder-

haben wir mit einer kreativen Finanzpolitik, bis zum Gau durch die Finanzkrise, den Haushalt konsolidiert.

NG/FH: Was waren die wichtigsten Konflikte mit der Union? Wo waren nicht sehr befriedigende Formelkompromisse nötig? Welche Kröten musste die Sozialdemokratie schlucken?

Struck: Mit dem Krötenschlucken ist das so eine Sache. Auf den ersten Blick haben wir sie beim Thema Mindestlohn schlucken müssen, weil sich die Union bei einer flächendeckenden Lösung querlegte. Dann haben wir gekämpft und mit Olaf Scholz Branchenmindestlöhne für mehr als drei Millionen Beschäftigte erreicht. Und jetzt liegt die Kröte wieder auf dem Tisch der Union. Die sich im Übrigen schwarz ärgert, das Thema nicht flächendeckend abgeräumt und uns dadurch ein Wahlkampfthema geschenkt zu haben. Krötenschlucken kann auch als Krötenwanderung daher kommen.

Was mich in dieser Koalition zunehmend geärgert hat, war die unverhohlene Klientelpolitik, mit der vor allem die CSU die Arbeit unterminiert hat. Mal waren es bei der Erbschaftsteuer die Villenbesitzer am Starnbergersee, für die sie Kompro-

misse zwischen CDU und uns zu torpedieren suchte. Mal versuchte sie unter dem Tarnnamen »Milchbauern« für die Agrarlobby in die Bresche zu springen. Die CSU scheint unter Volkspartei zunehmend zu verstehen, dem Volk auf den Mund zu schauen und Partikularinteressen zu bedienen.

NG/FH: Kann man eigentlich sagen, wir hatten trotz CDU-Kanzlerin eine überwiegend sozialdemokratische Regierung? Wenn ja, warum zahlt dies bei der SPD, die immer noch deutlich hinter den Union liegt, nicht ein?

Struck: Zunächst einmal kann man sagen, dass unsere sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister das Kabinett geprägt haben. Mit Steinmeier als souveränem Außenminister und Vizekanzler, mit Steinbrück als überragendem Finanzminister, mit Olaf Scholz als zupackendem Arbeitsminister und Ursula Schmidt als den widerstreitenden Interessen trotzen Gesundheitsministerin. Natürlich auch die Ministerinnen Zypries und Wieselhuber und die Minister Gabriel und Tiefensee.

Darüber hinaus hat diese Regierung in der Sozial-, Arbeits-, Bildungs- und Familienpolitik fast lupenreine sozialdemokratische Politik gemacht. Nicht umsonst wurde Angela Merkel in den eigenen Reihen der Vorwurf gemacht, zu häufig sozialdemokratisches Profil durchgehen zu lassen.

Vielleicht ist das heute unser Dilemma. Wir haben die Kanzlerin zu sozialdemokratischer Politik getrieben, aber sie wird noch nicht als Getriebene, sondern als Erfinderin dieser Politik wahrgenommen. Vielleicht ist das im Wahlkampf aber auch gerade unsere Chance. Da muss sie nämlich raus mit der Sprache. Da kann sie sich nicht brüsten mit dem, wohin wir sie getrieben haben, da muss sie sagen, wohin sie mit Guido Westerwelle will. Dann muss

sie erklären, warum sie sich jetzt bei der Bekämpfung von Steuerparadiesen an den Rockzipfel von Steinbrück hängt und sich nach dem 27. September in die Fänge des Steueroasen-Verstehers Guido begeben will.

Bis dahin sind mir Umfragen gleich. Der Wahlkampf hat erst zaghaft begonnen. Wir haben auf unserem Wahlpartei-tag gezeigt, dass wir kampfbereit sind. Wir sind hoch motiviert. Das muss bei den Menschen überkommen. Mit Frank-Walter Steinmeier haben wir einen ausgezeichneten Kandidaten, der mit festen

Standpunkten die wankelmütige Kanzlerin ablösen wird.

NG/FH: Das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl sollte ja SPD pur sein. Welche Forderungen und Reformen, die dort benannt sind, unterscheiden sich deutlich von der Regierungspraxis der letzten Jahre?

Struck: Frank-Walter Steinmeier hat Recht, wenn er sagt, die marktradikale Ideologie, die uns in diese schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, kann nicht die Lösung sein. Daher werden wir nachhaltige Antworten geben. Auf keinen Fall werden wir eine Politik unter der Überschrift »Weiter so« machen, wie es die Bundeskanzlerin vorlebt. Ein ganz wesentlicher Punkt des Regierungsprogramms, der mit der Union in den letzten Jahren nicht durchsetzbar war, ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Wir werden im Gesundheitswesen weiterhin für eine Bürgerversicherung eintreten, die mit der Union nicht zu machen war. Und wir bleiben dabei, dass es beim Ausstieg aus der Atomkraft bleiben muss. Auch der Bildungssoli muss kommen. Wir haben uns in den letzten Jahren an vielen Stellen durchsetzen können, aber es bleibt für die Zukunft viel zu tun, um sozialdemokratische Programmatik pur durchzusetzen.

NG/FH: Wie geht es eigentlich, aus der gemeinsamen Koalition heraus gegeneinander Wahlkampf zu machen? Entsteht nicht ein Glaubwürdigkeitsproblem, den Hebel von Kooperation zu Konfrontation umzulegen?

Struck: Natürlich ist das eine ungewohnte Situation. Aber ich bin überzeugt, dass da-

raus kein Glaubwürdigkeitsproblem wird. Die Menschen wissen und akzeptieren, dass die Koalition eine Zweckgemeinschaft auf Zeit war. Wir sind politische Konkurrenten geblieben und versuchen über die Wahl zu neuen Bündnissen zu kommen. Allerdings wird uns niemand abnehmen, wenn wir ungehemmt aufeinander einprügeln. Als Partner von gestern ist eine Dosis Mäßigung schon angebracht.

NG/FH: Falls es trotz aller Hoffnungen und Bemühungen abermals eine Große Koalition geben muss, was sind die Lehren aus dieser?

Struck: Weder wir noch die CDU/CSU streben eine Fortsetzung dieser Koalition an. Nur wenn andere Konstellationen nicht möglich sind und dem Land Regierungsunfähigkeit droht, kämen solche Überlegungen in Betracht. In den letzten vier Jahren haben wir gelernt, dass auch in einer Regierung mit der Union sozialdemokratische Politik durchsetzbar ist.

NG/FH: Peter Struck wird dem nächsten Deutschen Bundestag nicht mehr angehören, der Gesundheit soll der Abschied von der Macht ja nicht besonders förderlich sein. Was gibt es für Pläne für die Zeit danach?

Struck: Ich werde mich als stellvertretender Vorsitzender stärker in der Friedrich-Ebert-Stiftung engagieren. Außerdem freue ich mich darauf, für viele private Dinge, die in den letzten Jahren zu kurz gekommen sind, mehr Zeit zu haben. Schließlich habe ich den festen Vorsatz, meinen Nachfolgern in der Politik nicht mit ungefragten Ratschlägen auf den Geist zu gehen.